

Edmund Stinnes will seine Pleite abwälzen!

402

Eine neue Methode für Arbeiterbetrug und Arbeitsgemeinschaft

Wesla, 18. August. (Eig. Drahtbericht.) Der Betrieb der Aqa in Pöhlberg, der jetzt in den durch die Liquidation und „Stellung“ des Stinneskonzerns verursachten Konfusionskampf zwischen Eduard Stinnes und den Banken, hat eine Belegschaft von 2500 bis 3000 Arbeiter, was unter Einrechnung der Familienangehörigen eine Gesamtanzahl von etwa 10.000 Köpfen ausmacht. Am Freitag konnten nicht die fälligen Löhne ausgezahlt werden, am Sonnabend wurde auch nur ein Drittel der Löhne ausgezahlt. Die Hälfte der Stinnesaktien, die der Belegschaft angeboten ist, repräsentiert dem Nennwert nach 2 Millionen Mark. Dem Namen nach würde ihre Ueberweisung an die Belegschaft zu neuen Händen des Betriebsrats, wie dies der Stinnesplan vorsieht, eine Beteiligung der Arbeiter an den etwa auszuwählenden Dividenden bedeuten — wie gesagt, dem Namen nach, aber das ganze Stinnesmanöver ist vermutlich gar nicht ernsthaft gedacht, es soll dem edlen Stinnesjahn nur die Möglichkeit geben, wieder offenen Kredit bei den Banken zu bekommen, die den Besitz von Stinnesaktien den Kreditlinien vorzuziehen liebieren.

Dah die Aqa-Belegschaft ein bloßes Objekt der Stinnespolitik darstellt, geht auch daraus hervor, daß nach dem Angebot sofort die Verhandlungen mit den Banken wieder fortgesetzt wurden. Juxta wird der Betrieb bereits von amerikanischen Interessenten befehligt.

Der offene Krieg mit Edmund Stinnes begann mit dem Austritt der Herren Fürstberg von der Handels-Gesellschaft, Kommerzienrat Frank von der Diskonto-Gesellschaft, v. Simson von der Danabank, Lehmann vom Bankhaus Delbrück und Sobrenheim von der Kommerzbank, die 6 Monate lang, seit Dezember 1924 dem Aufsichtsrat angehört hatten. Die Gläubiger des Stinneskonzerns hatten bei dem Stinnes-Konfusionskampf die Forderung beanstandet, daß Edmund Stinnes auf Grund des Stinnes-Familienvertrages ganz unbeschädigt mit beträchtlichen Aktien aus dem Stinneskonzern ausgeschieden war.

Das belagert alle, daß Edmund Stinnes die Gläubiger des Konzerns ganz gemäßig über Ohr zu hauen vermag. Schon ehe er den Versuch machte, die Belegschaft der Aqa und damit die Arbeiterklasse über Ohr zu hauen.

Die Aqa-Belegschaft lehnt das „Geschenk“ Edmund Stinnes' ab

Die Arbeiter fordern bedingungslose Enteignung.

Berlin, 18. August. (Eig. Drahtbericht.) In wenigen Tagen wird sich entscheiden, ob der Betrieb der Aqa in Pöhlberg stillgelegt oder weitergeführt wird. Die bürgerliche Presse hat bereits gefaselt, als ob die Belegschaft der Aqa das sogenannte großmütige Geschenk des Edmund Stinnes tatsächlich angenommen habe. In Wirklichkeit denken Belegschaft und Betriebsrat nicht daran, auf das

klumpige Manöver hereinzufallen. Es stellt sich unterdessen heraus, daß Edmund Stinnes vermutlich gar nicht mehr die rechtliche Verfügungsgewalt über seine Aqa-Aktien hat, da es sich bei dem Kampf zwischen dem Bankkonsortium und dem Bankrottierer Edmund Stinnes um die Frage handelt, ob der Besitz Edmund Stinnes' gleichfalls in die Liquidationsmasse des gesamten Stinneskonzerns zu rechnen ist. Die Aqa-Belegschaft hat inzwischen noch nicht einmal die Hälfte des letzten Wochenlohnes erhalten. Es haben Verhandlungen beim Demobilisationskommissar stattgefunden, in denen Stinnes ohne Anwesenheit des Betriebsrats und eines Vertreters des DVB dringend Staatskredite fordert. Zugleich wird bekannt, daß bereits Verhandlungen mit amerikanischen Kapitalisten über den Verkauf der Aqa-Werke geführt werden. Die Belegschaft und der Betriebsrat fordern Einsticht in sämtliche Bücher und Banknoten des Edmund Stinnes. Sie verlangen die Sicherung ihres Lohnes und ihre weitere Beschäftigung. Die Parole ist:

Keine Staatskredite den kapitalistischen Bankrottierern als Edmund Stinnes!

Staatskredite vielmehr in die Hände der Arbeiter bzw. ihrer Organe!

Entschädigungslose Enteignung und Fortführung durch das Proletariat!

Pressestimmen zur Verrentung von Aqa-Aktien an die Arbeiterklasse

Berlin, 17. August. (Eigene Drahtmeldung.) „Montag-Wagen“: „Das Aktien-Paket, mit dem Herr Dr. Stinnes die Arbeiter der Aqa-Werke beglücken will, ist nur noch nominal in seinen Händen, materiell gehört es zur Stinnesmasse, und wenn die Arbeiter sich wirklich darauf einlassen würden, das Schenkungsangebot anzunehmen, so würde ihnen wahrscheinlich binnen wenigen Tagen eine Verfügung des Amtsgerichts zugehen.“

„Rote Jahne“ am Montag: „Die Aktienentwertung des Edmund Stinnes ist ein saurer Ausweg eines Kapitalisten dem das Wasser bis zum Hals steht. Die Arbeiter müssen das Geschenk ablehnen, für das sich beziehungsweise das politische „Deutsche Tageblatt“ und die sozialdemokratische „Kleinzeitung“ gleichermäßen begeistern.“

„Berliner Montag-Volk“: „Denn mehr noch als was anderes gilt im Aktiengleich der Grundlag, das Geleit verpflichtet. Wären sich die Aqa-Werke trotz der augenblicklichen Krise durchhalten, so wird bald die Frage einer kapitalistischen Krise aufkommen, und dann entsteht für die Arbeiterklasse als Aktionär die Verpflichtung, sich durch Uebernahme eines Teiles der neuen Aktien auch finanziell zu binden.“

weiser haben mit übermächtiger Mehrheit den Schiedspruch abgelehnt. Das Abstimmungsresultat ist folgendes: 123 für Ablehnung, 32 für Annahme, 2 Stimmentzettel ungueltig. Damit haben sich die Binnar Bauarbeiter mit übermächtiger Mehrheit für die Fortführung des Streiks ausgesprochen.

Ehemalig, 17. August. (Eigene Drahtmeldung.) Der Bauarbeiterverband und der Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter haben einstimmig beschlossen, den Streik weiterzuführen.

Berlin, 17. August. (Eigene Drahtmeldung.) Die Zimmerer haben den Schiedspruch des Arbeitsministeriums einstimmig abgelehnt und die Fortführung des Streiks beschlossen.

Severing für Auflösung des preussischen Landtages

Berlin, 18. August. (Telunion.) Wie die „Völkische Zeitung“ meldet, hat der preussische Innenminister Severing in einer Rede in Bielefeld unter anderem auch über die dauernde Regierungskrisen in Preußen gesprochen und geäußert, daß der Ministerpräsident und er beschließen, den Landtag aufzulösen, wenn die Krise nicht beigelegt werden könne. Sie wollten sich nicht vorwerfen lassen, daß sie gegen die Interessen des Landes handeln.

Der französische Sozialistkongress

Paris, 17. August. (Telunion.) Der sozialistische Nationalkongress hat gestern nachmittag die Aussprache über die Unterstützungspolitik fortgesetzt und sie am Abend zu Ende geführt. Im Mittelpunkt der Debatte stand ein eventueller Eintritt in das Kabinett, der mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. In der Vormittags Sitzung hat Tuden die Neubildung eines Einheitspartei beantragt und erklärt, man müsse noch einen Bericht mit Vaineloff machen. Herriot habe die den Sozialisten gemachten Versprechungen nicht gehalten. Der Delegierte Montague glaubt, daß das Kabinett Vaineloff im Frühjahr geteilt wird wegen der unüberwindlichen finanziellen Schwierigkeiten. Dann wäre der Augenblick, wo die Sozialisten sich zum Eintritt in ein neues Kabinett entschließen müßten, gekommen. Der Abgeordnete Piffenmann fand begeisterte Zustimmung, als er ausführte, daß die Partei unter keinen Umständen sich an den Regierungsgeschäften beteiligen solle. Leon Blum lehnt jede Unterstützung des Kabinetts ab, hält aber die Fortsetzung der bisherigen Politik im Rahmen der Entlichung des Grenobler Kongresses für angebracht. Als Bittor Adler dem von der Tribüne herunterstehenden Leon Blum entgegen und beide sich umarmten, broch der Saal in eine lebhafteste Beifallssturmgebung aus. Marell bewirkt die Beteiligung an der Regierung und verlangt die Durchführung sozialistischer Reformmaßnahmen für den Fall, daß die Unterstützungspolitik wieder aufgenommen wird. Darauf wird die allgemeine Debatte geschlossen. Es wird ein Revisionsausschuß von 24 Mitgliedern eingesetzt, der sich heute früh zur Abfassung der Entscheidung versammelt. Heute nachmittag wird in einer Vollversammlung darüber abgestimmt. Wahrscheinlich wird eine Kompromißformel gefunden werden, wonach die Unterstützungspolitik unter bestimmten Voraussetzungen wieder aufgenommen werden wird. Leon Blum hat mitgeteilt, daß der Parteivorstand beschlossen habe, Vaineloff beim Wiederparlamentarismus des Parlaments aufzufordern, zwischen den Sozialisten und Maginot zu wählen.

Als alles Theaterdonner! Umarmung des Austritts und des französischen Imperialisten, scharfe Worte wie „unter keinen Umständen“ und dann — Unterstützung der Regierung, allerdings in veränderter Form aus Furcht vor den Mitgliedern. Scheidemanns und Chetys Schule hat doch wahrhaft aufmerksam Schüler und die „Arbeiterinternationale“ prächtige „Klassenkämpfer“ in ihren Reihen.

Paris, 17. August. (Eig. Drahtbericht.) Der Kongress der Sozialistischen Partei Frankreichs verläuft, wie zu erwarten war: erpricht allen wirklichen Problemen aus. Der Berliner „Vor-

Die Reformisten fürchten die Stimme der Arbeiter

Berlin, 18. August. (Eigene Drahtbericht.) Im „Vorwärts“ erscheint eine Bekanntmachung des ADGB-Vorstandes, worin gegen die Gewerkschaftsopposition und gegen die AFD, geht wird. Es heißt da, die AFD verleihe, besonders Betriebsdelegationen für den Breslauer Gewerkschaftskongress aufstellen zu lassen. Das ist kommunistische Verantwortungslosigkeit, denn der Gewerkschaftskongress ist „keine agitatorische Schauveranstaltung nach Art der kommunistischen Parteiveranstaltungen“. Das Vertragsrecht sei durch die Bundesdelegationen geteilt. Der Gewerkschaftskongress, das heißt die ADGB-Kongress, können sich auf keinen Fall auf Verhandlungen mit Betriebsdelegationen einlassen. Zum Schluß heißt es, die Entsendung von Betriebsdelegationen wäre deshalb eine ganz überflüssige Zeit- und Geldverschwendung, vor der zu warnen sie sich verpflichtet fühlen.

Der ADGB zum Bauarbeiterkampf

Der Bundesauschuß hat sich auch mit dem Bauarbeiterkampf beschäftigt und einstimmig eine Resolution angenommen, in der er den Bauarbeitern die Solidarität der Gesamtheit der Gewerkschaften verspricht. Zum Schluß heißt es dann:

„Der Bundesauschuß nimmt Kenntnis von dem Stand der Dinge und spricht der baugewerblichen Arbeiterklasse und den führenden Organisationen seine vollste Sympathie aus. Sollten die der Bauarbeiterklasse aufgewungenen Kämpfe von dem ADGB, angeschlossenen Bauarbeiter-Verbänden nicht aus eigener Kraft durchgeführt werden können, so ist der ADGB bereit, zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter nach Bedarf Hilfeleistung beizutragen. Der Bundesauschuß beauftragt den Bundesvorstand, gegebenenfalls die erforderlichen Maßnahmen zu veranlassen und durchzuführen.“

Der Bauarbeiterkampf ist die Probe aufs Exempel. Hier wird es sich entscheiden, ob der ADGB, sein Betätigungsfeld, durch Lohnkämpfe den durch Zoll- und Steuerraub entstandenen Schaden wieder gutzumachen, ernst nimmt, oder ob der Reichlich nur eine agitatorische Phrase ist. Wie dem auch sei: die Bauarbeiterklasse wird gut tun, auch von sich aus alles zu tun, um den Sieg zu garantieren. Dazu gehört sofortige Herstellung einer einheitlichen Kampfführung.

Dann ist der Sieg gesichert. Es lebe der Sieg der Bauarbeiter!

Der Kampf im Baugewerbe

Die Unternehmer für Annahme des Schiedspruchs. Einmütige Ablehnung durch die Arbeiter.

Berlin, 18. August. (Eig. Drahtbericht.) Die Berliner Bauunternehmer sind begreiflicherweise sehr gern zur Annahme des Schiedspruchs bereit und beabsichtigen, die Verbindlichkeitsklärung zu beantragen. Die Versammlung der Zimmerer, die Spitzenorganisationen der Bauarbeiter und die Gewerkschaftsversammlung des Baugewerksbundes Abteilung Groß-Berlin haben sämtlich ohne Ausnahme den Schiedspruch abgelehnt. Nachrichten über Ablehnung laufen auch aus dem Reich ein. Der in Kassel gefällte örtliche Schiedspruch sah eine Erhöhung um ganze 5 Pf. und zwar nur für die Facharbeiter vor. Der Baugewerksbund Kassel hat abgelehnt. Die Aussperrung für den Kassel, beziet ist auf den 20. August angefündigt.

Gegen den Schiedspruch im Baugewerbe

Wies, 17. August. Die Kauter- und Zimmerleute von Wies nehmen gestern zu dem Schiedspruch für das Baugewerbe Stellung. An der Abstimmung beteiligten sich 327 Bauarbeiter, davon stimmten für Ablehnung 315 und 9 für Annahme, 3 Stimmentzettel waren unbeschrieben. Auch die Zim-

wärts“ enthält sich jetzt „das Ende des Einheitspartei“, alle Vaineloff, Briand und Caillaux, die längt mit der äußersten Rechten gegen die linke Regierung, ausgerechnet auf diesen Einheitspartei der betrübten Logherber gewartet hätten, um diesen Einheitspartei zu halten. Der alte Kriegsgegner und Vaineloff, der als „überhaupt der Partei lebend“ erlittet wurde. Das ist aber auch alles. Der Vaineloff Leon Blum will weiter Vaineloff im Rahmen des Einheitspartei, also auch Vaineloff, machen. Eine nur Vaineloff Kommission wird eine Kompromißformel ausarbeiten. Der Vaineloff hat also nur den einen praktischen Erfolg, den französischen Arbeitern zu zeigen, daß die Vaineloff weiterhin als gehorsame Lakain am Schwanz der imperialistischen Ausbeuterklasse marschieren will.

Offener Brief an die Sozialistische Jugendinternationale

(Inpretarr.) Moskau, 14. August. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale richtete an den Vaineloff Kongress der Sozialistischen Jugendinternationale einen Offenen Brief, worin gefragt wird, was die Sozialistische Jugendinternationale zu unternehmen beabsichtigt:

1. gegen die Kriegsgelahr im allgemeinen und gegen den Vaineloffkrieg, die Intervention in China, die vorbereiteten Intervention gegen die Sowjetunion;
2. zur Erfahrung der Wahrheit über die Sowjetunion und über die Lage der Jugend dortselbst seitens der Jungarbeiter;
3. zur Verteidigung der Interessen der Jungarbeiter gegen die Vaineloffeinstellung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung;
4. zum Kampf gegen den weißen Terror, gegen die Vaineloffreaktion und den Faschismus.

Angehts der Behauptungen, daß in der Sowjetunion die Arbeiterjugend verfolgt werden würde, beantragt die Offene Brief, eine Delegation nach der Sowjetunion zu entsenden. Der Offene Brief verurteilt die Entlichung der Vaineloffkongress der Londoner Internationale, wonach die Frage über die Verantwortung für das Blutvergießen in Bulgarien offengeblieben wird.

Sowjet-Einladung an die deutsche Arbeiterjugend

(Inpretarr.) Moskau, 14. August. Das Zentralkomitee des Jugendverbandes der Sowjetunion ludte an die deutsche Arbeiterjugend Frankreichs und Deutschlands eine Einladung an die Sowjetunion ab. An den Delegationen können Mitglieder der kommunistischen und sozialistischen Jugendverbände sowie parteilose Jungarbeiter teilnehmen.

Er mordung eines roten Generals

Rumänien hat die Hand im Spiele.

Die Ermordung Kotoiwili, des Kommandeurs des 2. Kavallerieregiments der Roten Armee, wächt sich zu einer großen politischen Sensation aus. Die Version, daß der Mörder Majorom, ehemals Mitglied des Ernterboten, seinen früheren Chef infolge eines Streites im Jahre 1920 niedergeschossen habe, wird jetzt allgemein abgelehnt. Jegerow, Subjektiv und andere bekannte Führer der Roten Armee vertreten die Meinung, daß Majorom in kommunistischer Verbindung mit Rumänien gekannt habe, und daß der Mord auf rumänische Antriebe zurückzuführen sei. In Rumänien sei nämlich Kotoiwili als leibhaftiger Vaineloff des Vaineloff einer Wiedereingewinnung Kotoiwili für Kotoiwili bekannt und verhaftet gewesen. Der Kriegsminister Kotoiwili hat in einem Armeebefehl dem Kommandeur einen ehrenvollen Kotoiwili gemeldet; er nennt ihn den fähigsten Kopf unter den Vaineloffern der Roten Armee und seinen Vaineloff der gemeinsamen Vaineloff, der seit Vaineloff des Sowjetkabinetts aufgetreten ist. Über die Vernehmung des Mörders wird noch nichts mitgeteilt. Die gesamte Presse fordert die strengste Bestrafung und genaue Untersuchung.

Kotoiwili gehörte zur alten Garde des Bolschewismus und hat in allen Feldzügen der Roten Armee mitgekämpft und ist dreimal mit dem Orden der Roten Fahne sowie durch Vaineloff eines Ehrenhähels ausgezeichnet worden. Er gilt als bester geistlicher Organisator der Reiterei der Roten Armee.

Postbeamtenstreik in Shanghai

London, 17. August. (Telunion.) In Shanghai haben über 1000 Postbeamte in den Streik getreten. Die Streikenden verlangen Lohnerhöhung, Anerkennung der Arbeiterverbände, Kürzung der Arbeitszeit, Immunität für die Streikführer, eine Gewähr, daß nach 1926 keine Ausländer beschäftigt werden.

Die Lage in Syrien

Paris, 17. August. (Eig. Drahtbericht.) Ueber die Lage im syrischen Vaineloffgebiet schwebt heute die französische Presse. Die alte Weltkriegsmethode, Niederlagen zu verschweigen und das Volk nach Katoiwili anzuschuldigen. Es hat Vaineloff gelehrt, bis die linke französische Kriegsgeneration die Wahrheit über den syrischen Kolonialzustand stud für Stud sich absperrt. Englische Blätter melden, daß in Damaskus 10 französische Soldaten eingetroffen sind, womit die Kolonialbehörden der rebellischen Bevölkerung Schrecken einzujagen hoffen. Untertan der englischen Meldungen delagen, daß die von den Verhandlungen mit den aufständischen Truppen zurückgesetzte Delegation der Bedingungen der Truppen mitgebracht habe: Der bisherige französische Gouverneur, ein Offizier, müsse unbedingt seines Amtes enthoben werden, und es dürfe keinerlei Bestrafung und keinerlei Waffenbeschlagnahme durch die imperialistischen Herren vorgenommen werden. Nur unter diesen Bedingungen seien die syrischen Truppen bereit, zur Einstellung der Feindseligkeiten zu schreiten.

Nach Meldungen der Berliner Abendpresse über einen angeblichen Friedensschluß in Syrien müßte General Serrail diese Fortsetzungen der syrischen Nationalrevolutionäre entgegen-

Bedrohende französische Offensive in Marokko

Paris, 18. August. (Telunion.) Die französische Offensive gegen Abd el Krim wird in kürzester Zeit beginnen. Der „Temps“-Korrespondent meldet aus Fez, daß die Umgruppierung der französischen Truppen in den nächsten Tagen zu Ende geführt sein wird. Die Franzosen werden auf einer Front von 150 Km. angreifen. Die angreifenden Truppen bestehen aus sechs Divisionen mit insgesamt 84 Bataillonen. Die Infanteriedivisionen auf der marokkanischen Front zählen 12 Bataillone, während sie in Frankreich nur 6 betragen. Das Ziel des französischen Vormarsches ist, so weit in das Innere des Mittelmeeres vorzudringen, daß die Woffenarmee Abd el Krims erdrückt werden können.